



Prot. Nr. WO/EK 32.01.06/13114

Bozen / Bolzano 06. Juni 2000

Sachbearbeiter: Elke Kofler
Funzionario:

Tel. 0471/ 41 55 15

RUNDSCHREIBEN DES SCHULAMTSLEITERS

Nr. 31/2000

An die Direktoren der
Grund-, Mittel- und Oberschulen
im L a n d e

An die Direktoren der
gesetzlich anerkannten Mittel- und Oberschulen
im L a n d e

An die Schulgewerkschaften
im L a n d e

BETREFF: Teilzeitarbeit des Lehrpersonals

Sehr geehrte Frau Direktor!
Sehr geehrter Herr Direktor!

Mit Beschluss Nr. 2014 vom 5. Juni 2000 hat die Landesregierung die Teilzeitarbeit an den Grund-, Mittel-, Ober- und Kunstschulen für das Schuljahr 2000/2001 geregelt. Eine Kopie des Beschlusses wird Ihnen zur Durchsicht als Anlage A) übermittelt.

Die grundlegenden Bestimmungen zur Regelung der Teilzeitarbeit für das Lehrpersonal sind im Artikel 8 des Landeskollektivvertrages enthalten. Diese finden sowohl für das Lehrpersonal, welches den vom Landeskollektivvertrag vorgesehenen zusätzlichen Leistungen zugestimmt hat, als auch für das Lehrpersonal, welches keine Mehrleistung durchführt, Anwendung.

Weitere Bestimmungen zur Teilzeitarbeit wurden mit dem eingangs erwähnten Beschluss der Landesregierung festgelegt. In Folge soll auf die wichtigsten Bestimmungen kurz eingegangen werden:

1. Anspruchsberechtigte:

Um die Umwandlung des Dienstverhältnisses von Vollzeit- in Teilzeitarbeit kann das planmäßige Personal ansuchen. Lehrpersonen, mit welchen erst zum 01. September 2000 ein unbefristeter Arbeitsvertrag abgeschlossen wird, können vorerst nicht um Teilzeitarbeit ansuchen.

2. Einreichung der Gesuche:

Der Termin für die Einreichung der Gesuche um Umwandlung des Dienstverhältnisses von Vollzeit- in Teilzeit- bzw. von Teilzeit- in Vollzeitarbeit wird auf den 26. Juni 2000 festgesetzt. Um den interessierten Lehrpersonen die Gesuchsstellung zu erleichtern, wird diesem Rundschreiben ein Gesuchsmuster beigelegt, welches von den ansuchenden Lehrpersonen verwendet werden kann. Das Gesuch um Vollzeit kann hingegen mit einfachem Schreiben gestellt werden.

3. Ausmaß der Teilzeitarbeit

In der Grundschule beträgt die Teilzeitarbeit in der Regel 50% des vollen Lehrauftrages. Abweichungen davon werden auf Antrag der Lehrperson genehmigt, wenn dies keine nachteiligen Folgen auf die Organisation des Unterrichts zu Lasten der Schüler hat. Dem Antrag ist daher ein positives Gutachten des Direktors oder der Direktorin beizulegen.

Von der genannten Regel wird ebenfalls abgewichen, wenn dies die Aufteilung der Unterrichtsstunden für Religion und die zweite Sprache erforderlich macht.

In der Mittel- und Oberschule wird das Ausmaß der Teilzeitarbeit unter Berücksichtigung des Antrages der Lehrperson in Anlehnung an die Lehrstuhl-verpflichtung von der Schulverwaltung festgelegt (siehe Gesuchsvordruck).

In allen Schulstufen ist die Teilzeitarbeit so zu beanspruchen, daß eine funktionelle Aufteilung der Unterrichtsstunden möglich und die Unteilbarkeit des Unterrichts in den einzelnen Fächern, Fächerkombinationen oder Fächergruppierungen gewährleistet ist.

Im Ministerialrundschreiben Nr. 45 vom 17. Februar 2000 wird die Teilzeitarbeit als ein Instrument für eine flexiblere Organisation der Arbeit und als eine Anregung zur Aufnahme von neuem Personal definiert. Um das Recht auf Teilzeitarbeit zu gewährleisten, sollte die Inanspruchnahme von Teilzeitarbeit nicht erschwert werden. Sollte es also im Falle einer Teilzeitarbeit mehrere Anwendungsmöglichkeiten geben, so ist jene vorzuziehen, welche die für den Teilzeitbediensteten am wenigsten belastende ist.

4. Dauer der Teilzeitarbeit

Die Dauer der Teilzeitverhältnisses beträgt für alle Lehrpersonen ein Schuljahr. Das Teilzeitverhältnis wird aber von Jahr zu Jahr verlängert, sofern nicht um Umwandlung in ein Vollzeitverhältnis angesucht wird.

5. Mehrleistung für Teilzeitbedienstete

Die Zweitsprachen- und Religionslehrer der Grundschule sowie alle Mittel- und Oberschullehrer, die sich für die Mehrleistungen des Landeskollektivvertrages entscheiden, erbringen im Falle eines Teilzeitarbeitsverhältnisses die Mehrleistung zusätzlich zum Stundenausmaß des Teilzeit- bzw. Reststundenauftrages. Die Mehrleistung ist im Verhältnis zum Ausmaß der Teilzeit zu erbringen. Die Bezahlung erfolgt voraussichtlich künftig wieder in Achtzehntel.

Am Ende sei vermerkt, daß die gemäß Artikel 6 des Landeskollektivvertrages vorgesehene zusätzliche Arbeitszeit im Ausmaß von 220 Jahresstunden im Falle einer Teilzeitbeschäftigung im Verhältnis gekürzt wird. Keine Kürzung der Arbeitszeit erfolgt für die Bewertungskonferenzen und Prüfungen sowie für jene Stunden, die für die Teilnahme an den Sitzungen der Kollegialorgane der Schule notwendig sind.

6. Verwendung der restlichen Stunden

Die restlichen Unterrichtsstunden, die durch die Vergabe von Teilzeitaufträgen noch zur Verfügung stehen, werden für die Anpassung des rechtlichen Plansolls an die tatsächliche Situation im Sinne der geltenden Bestimmungen verwendet. Sind die genannten Operationen in Bezug auf die planmäßigen Lehrer beendet, werden eventuelle restliche Stunden für den Abschluss von befristeten Arbeitsverträgen verwendet.

In der Grundschule werden in der Regel Reststunden von Schulen desselben Sprengels zu einem Lehrauftrag zusammengefasst. In begründeten Situationen kann selbst von einer Zusammenlegung der Reststunden innerhalb desselben Sprengels abgesehen werden.

7. Teilzeitverhältnis für Personen im Wartestand

Lehrpersonen mit Anrecht auf Erziehungswartestand gemäß Artikel 12 der Anlage 4 des Landeskollektivvertrages können gemäß Absatz 5 für ein Teilzeitarbeitsverhältnis optieren. Anspruch auf diese Form der Teilzeitarbeit haben alle Lehrpersonen, auch jene in Teilzeit, die ab 1. September 2000 einen Erziehungswartestand in Anspruch nehmen. Teilzeitlehrpersonen müssen also nicht mehr wie im Vorjahr zuerst um ein Vollzeitverhältnis ansuchen.

Auch bei dieser Form der Teilzeit beträgt die Dauer ein Schuljahr.

Bei Beendigung des Wartestandes innerhalb des Schuljahres (z.B. wegen Erreichens des 5. Lebensjahres des Kindes bzw. Erreichens der 24 Monate Höchstdauer, die für den Wartestand vorgesehen sind) bleibt die Lehrkraft bis zum Ende des Schuljahres in Teilzeit im Dienst.

Wird der Wartestand hingegen durch eine obligatorische Freistellung wegen Mutterschaft unterbrochen, befindet sich die Lehrperson für die Zeit der Abwesenheit in Vollzeit.

Die Lehrperson tritt mit 01. September nach Beendigung des Wartestandes wieder mit einem Vollzeitverhältnis in Dienst. Hatte die Lehrperson vor Inanspruchnahme des

Teilzeitwartestandes jedoch ein Teilzeitverhältnis inne, so kehrt diese auch wieder in ein Teilzeitverhältnis zurück.

Der gekürzte Stundenplan umfaßt 50% des vollen Stundenplanes. Die Beiträge für das Ruhegehalt und die Krankenversicherung für den restlichen Teil gehen zu Lasten der Landesverwaltung.

Der Termin für die Einreichung der Gesuche um diese Art der Teilzeitbeschäftigung wird im August festgesetzt.

Der Teilzeitwartestand wird zur Gänze von den Schuldirektoren verwaltet. Die Gesuche werden an den Direktor gestellt. Daraufhin stellt der Direktor ein Dekret aus, das er dem Schulamt und dem Gehaltsamt für das Lehrpersonal zukommen lässt.

8. Abschlussprüfungen der Oberschulen

Die Lehrpersonen mit Teilzeitarbeit können mit den Aufgaben eines schulinternen Mitgliedes von Abschlussprüfungskommissionen betraut werden.

Lehrpersonen mit einem Teilzeitarbeitsverhältnis im Ausmaß von 75% sind wie die Vollzeitlehrpersonen verpflichtet, als externe Kommissionsmitglieder an den Abschlussprüfungen teilzunehmen.

Die Arbeit, die mit diesem Auftrag verbunden ist, muss nach dem Stundenplan und den Modalitäten des Lehrpersonals mit Vollzeitarbeit geleistet werden.

Auskünfte werden erteilt:

Amt für Grundschulen

Tel.Nr. 0471/41 55 15

Amt für Mittelschulen

Tel.Nr. 0471/41 55 33/85

Amt für Oberschulen

Tel.Nr. 0471/41 55 76

Mit freundlichen Grüßen

DER SCHULAMTSLEITER

Dr. Walter Stifter

Anlagen

Kopie des Beschlusses Nr. 2014 vom 5. Juni 2000

Gesuchsmuster

